

ROTFUCHS

ZEITUNG DER GRUPPE BERLIN-NORDOST DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Tag der Befreiung, Tag des Sieges

Echte und falsche Töne

Jahr für Jahr gedachten wir im sowjetischen Ehrenmal Schönholz der im Kampf gegen den Faschismus, für die Befreiung der Völker gefallenen Rotarmisten.

In den letzten Jahren der Stationierung russischer Truppen in der früheren DDR ertönte in diesem Ehrenmal, von einem einstmals sowjetischen Musikzug gespielt, statt der Staatshymne der UdSSR und der Nationalhymne der DDR das Deutschlandlied. Die BRD hat es beschämender- und bezeichnender Weise als Rechtsnachfolger Nazideutschlands auch zu ihrer Hymne gemacht. Für die in Schönholz bestatteten Rotarmisten - meine Kampfgenossen - die gegen das faschistische Deutschland, den verhaßten Feind, gekämpft hatten, war das eine Verhöhnung. Voller Wut und Abscheu wandten wir uns - meine Frau und Genossin wie ich - vor dem Abspielen dieser Melodie von der makabren Szene ab. Meine Gedanken wanderten zurück in den Mai 1945.

8. Mai - das war in der DDR der Tag der Befreiung vom Faschismus.

9. Mai - an ihm beging die UdSSR den Tag des Sieges ihrer Völker und deren Roter Armee über den Faschismus - einen welthistorischen Sieg, der - davon bin ich überzeugt - auch heute noch im Bewußtsein von Millionen früheren Sowjetbürgern fortlebt.

Ich habe - als Sohn eines im faschistischen Zuchthaus gefangenen deutschen Kommunisten und einer deutschen kommunistischen Emigrantin, selber deutscher Kommunist und zeitweiliger, von Genossen befreiter Häftling von Nazi-Gefängnissen und Konzentrationslagern - die ersten Maitage des Jahres 1945 in der Uniform der Roten Armee auf deutschem Boden als wunderbare, unvergeßliche Tage des Sieges erlebt. Als Tage des Triumphes der Sowjetvölker, der Angehörigen der Roten Armee, der jahrelang von den Faschisten geknechteten Völker Europas. Er war auf die überaus schweren Jahre 1941 und 1942, in denen die Rote Armee trotz des heroischen Widerstandes der Kämpfer und Partisanen zunächst schwere Niederlagen hatte hinnehmen müssen, am Ende gefolgt. Uns hatte ein tiefes Aufatmen erfaßt, eine unbeschreibliche Freude über das Errungene. Mit ihr

verschmolz unser Gedenken an all die Millionen in den Abwehr- und Befreiungskämpfen gefallenen Waffengefährten und die von den faschistischen Bestien Gemordeten.

Als Tage der Befreiung haben es die in den faschistischen Konzentrationslagern und Zuchthäusern Gemarterten und Geschun-



denen empfunden, auch all jene, die in Sklaven- und Gefangenenlagern der Hitleristen als „Untermenschen“ viehisch behandelt worden waren. Befreiung brachten diese Tage nicht zuletzt den heldenhaften deutschen und ausländischen Kämpfern des antifaschistischen Widerstandes, unter denen sich viele Kommunisten, aber nicht nur sie, befanden.

In den Monaten und Jahren wurde es durch die unermüdliche Arbeit der KPD, der SED, der antifaschistisch-demokratischen Massenorganisationen und Parteien im Osten Deutschlands immer mehr Menschen bewußt, daß es die Befreiung war, die die Rote Armee ins Land gebracht hatte. Das drang auch - vor allem durch das Wirken der Kommunisten - nicht wenigen Menschen in den

damaligen Westzonen zumindest teilweise ins Bewußtsein.

Die Befreiungstat der Völker der Sowjetunion und ihrer ruhmreichen Roten Armee wurde mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik gekrönt. Auf dem Boden der DDR waren Faschismus und Militarismus ausgerottet, konnte der Sozialismus aufgebaut werden. Welche einmaligen sozialen Bedingungen er schuf und welche breiten Entwicklungsmöglichkeiten er eröffnete - das wissen die Menschen im Osten heute mehr und mehr wieder zu würdigen. In der DDR waren kapitalistische Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Mietwucher, soziale Ausgrenzung unbekannte Begriffe. Die DDR war unbestreitbar die größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

So begehen wir auch jetzt und heute - trotz der schweren, aber nur zeitweiligen Niederlage, die Sozialismus und Arbeiterbewegung erlitten haben - den 8. Mai wie eh und je als unseren Tag der Befreiung durch die Soldaten mit dem roten Stern.

Harry Schmitt

INHALT

Zum Tag der Befreiung vom Faschismus	S. 1
Licht aus dem Osten * Kommunistische Parteien gewinnen an Stärke	S. 2
Zum Umgang mit der DDR	S. 3
Antrag der Gruppe Berlin Nordost an den 14. Parteitag der DKP	S. 4
Angst. Und Haß	S. 5
Die Dummen der Nation * Wie das Bildungswesen der DDR diskriminiert wird	S. 5
Berlin-Lokal	S. 6
Nazis organisieren sich	S. 7
Solidarität	S. 8
Dialog DKP-PDS	S. 9
Leserbriefe	S. 10
Am Rande bemerkt * Kultur und Politik	S. 11
Termine & Infos & Anderes	S. 12



Krieg als „normale Politik“

Angesichts des wochenlangen Kriegsgeschreis und des damit verbundenen gewaltigen Militäraufmarschs der USA fiel die Meldung bescheiden, fast versteckt aus: Die UN-Inspektoren, die die „umstrittenen“ Paläste Saddam Husseins im Irak auf geheime Fabriken zur Herstellung chemischer und bakteriologischer Waffen durchsuchten, hatten nichts diesbezügliches gefunden. Tage zuvor war der Weltpolizist des Imperialismus USA noch bereit, wegen diesem nun erwiesenermaßen Nichts einen neuen „Golfkrieg“ vom Zaun zu brechen, einem Krieg, von dem selbst der sonst eher US-devote Jelzin in einem seiner lichten Momente sagte, daß dieser zu einem neuen Weltbrand unschätzbaren Ausmaßes führen könne.

Die Golfregion wird von den USA und ihren Verbündeten offen als „ihr lebenswichtiges Interessengebiet“ bezeichnet, dort lagern die vermutlich größten Erdreserven der Welt. Daß dies tausende Meilen von den amerikanischen Grenzen entfernt ist, stört in der Argumentation ebensowenig, wie die merkwürdige Logik der USA, mit dem Einsatz von Marschflugkörpern gegen Serben im früheren Jugoslawien „Freiheit und amerikanische Werte zu verteidigen“.

Bemerkenswert ist eine andere Entwicklung. Wann immer Kriege vom Zaun gebrochen wurden, suchten die Kriegstreiber - neben den propagandistischen Lügen über den Sinn und Zweck des Schlachtens - immer auch einen Anlaß zur Rechtfertigung des Losschlagens: Ob dafür nun eine Depesche, ein erschossener österreichischer Thronfolger, ein „Fall Gleiwitz“ herhalten mußten, oder sich ein Saddam Hussein in die Falle Kuwait locken ließ.

Seit die USA aber sicher sind, als einzige und alleinige Supermacht der Welt nach Belieben schalten und walten zu dürfen und keine UdSSR mehr existiert, die den wildgewordenen Imperialismus in die Schranken weisen könnte, fallen auch alle Schamgrenzen und öffentliche Rücksichten.

Der Kampf des Imperialismus um die globalen Ressourcen ist so räuberisch, die Sucht nach gewinnbringendem Krieg so extrem, die Gewißheit, als Sieger ohnehin straf- und rechtfertigungsfrei zu sein, so groß, daß man auf „Kriegsanlässe“ verzichtet. Krieg ist „normale Politik“ geworden.

Der Irak hatte den Zugang von „UN-Inspektoren“ (wie unberechtigt mag der Verdacht wohl sein, daß es sich dabei mehr um CIA-Inspektoren handelt?) zu rein repräsentativen und offenkundig für Rüstungszwecke ungeeigneten Gebäuden für unnötig erachtet, seine nationale Würde verletzt gesehen und wahrheitsgemäß erklärt, daß sich in diesen Gebäuden keine Waffen befänden oder produziert würden.

Daß die USA bereit waren (und sind), dennoch Krieg zu führen, zeigt, wie gefährlich die Lage in der heutigen Welt ist. **K.U.L.**

Spektakuläres Wahlergebnis in der Ukraine und Moldova Licht aus dem Osten?

Im Osten sei es zappenduster, Licht am Ende des Tunnels zeige sich kaum, dort habe man den Sozialismus wohl für alle Zeiten verspielt. So denken viele, die einst bereitwillig und fast gebetsmühlenartig den historisch - mit Blick auf Oktoberrevolution und Großen Vaterländischen Krieg - zwar zutreffenden, aber zur vorgestanzten Phrase verkommenen Spruch herunterrasselten: „Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen!“ Heute meinen sie resignierend, die „Russen und was sonst noch so alles an ihnen drangehangen“ habe, seien die eigentlichen Schuldigen an unserer Misere. Sie hätten die DDR verraten und ihre einstigen Verbündeten knallhart fallengelassen.

Hier mischt sich Richtiges mit Falschem. Richtig ist, daß die zum Teil nicht einmal revisionistische, weil von Beginn an aus Antikommunisten bestehende Moskauer Führung um Gorbatschow, Jakowlew und Shewardnadse die Sowjetunion, die KPdSU und die sozialistischen Bruderländer der UdSSR bewußt und zielgerichtet an den Imperialismus ausgeliefert hat. Es handelte sich bei dieser kampflosen Übergabe des Sozialismus an den Kapitalismus um den folgenreichsten Verrat der Geschichte.

Falsch ist die Annahme, dieser Verrat sei von den Russen, den Sowjetbürgern, den KPdSU-Mitgliedern begangen worden. Bekanntlich hatte sich die überwiegende Mehrheit der Bürger der UdSSR für den Fortbestand der Sowjetunion ausgesprochen und wurde dann mit dem Belowscher Abkommen ihres föderativen Staates über Nacht beraubt. Und ebenso erinnerlich ist uns, wie Jelzin, der psychopathische Präsident Rußlands, der später das eigene Parlament zusammenschießen ließ, im Bruchteil einer Minute die KPdSU für illegal und aufgelöst erklärte. Falsch war auch die Annahme vieler, daß damit die kommunistische Bewegung der früheren Sowjetunion als eine führende politische Kraft der Republiken untergehen würde.

Das Gegenteil ist der Fall. Während westeuropazentristisch denkende Politiker - darunter auch manche in unseren Reihen - zu der subjektivistischen Auffassung neigen, ein Anlauf zum Sozialismus sei fortan nur in hochentwickelten Ländern des Westens denkbar, spricht einiges dafür, daß das Licht auch diesmal aus dem Osten kommen könnte.

Worauf stützt sich diese Vermutung?

Erstens: Die Konterrevolution hat zwar auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion erst einmal pauschal gesiegt, aber es existiert - außer Mafiaelementen und einer schwachen, vom Auslandskapital gestützten Kompradorenbourgeoisie - keine in sich geschlossene Ausbeuterklasse, die die Macht bereits landesweit ausüben könnte. Jelzins „Experiment“ mit einem erst 35jährigen Technokra-

ten der dritten Reihe als Premier für das Riesenreich Rußland zeigt das Dilemma.

Zweitens: In sämtlichen früheren Sowjetrepubliken bestehen nicht nur reorganisierte und unter dem Dach der UKP-KPdSU vereinigte kommunistische Parteien; sie besitzen in vielen Fällen auch großen Einfluß. Die russischen, die ukrainischen, die moldauischen und andere Kommunisten verkörpern die mit weitem Abstand stärksten Parteien ihrer Territorien. In Rußland ist nahezu eine Patt-Situation entstanden. Ohne die KPRF funktioniert weder die Duma noch der Rat der Gouverneure. In Bjelorußland stemmt sich die Regierung von Präsident Lukaschenko, der gute Kontakte zu den Kommunisten unterhält, der kapitalistischen Restauration entgegen und befürwortet eine Wiederherstellung der Union. In Moldova hat die nach längerem Verbot neuerstandene KP bei den Wahlen am 22. März auf Anhieb 30 Prozent der Parlamentssitze errungen.

Die jüngste Hiobsbotschaft für die „Reformer“ kam am 29. März aus Kiew, der Hauptstadt der durch die Konterrevolution heruntergewirtschafteten Ukraine. Jeder vierte Wähler unter den 52 Millionen Einwohnern des größten ausschließlich europäischen Landes entschied sich für die KPU, die 25,8 Prozent der Stimmen und 123 Sitze (bisher: 76) in der Obersten Rada erhielt. Die nächstfolgenden Formationen - darunter die mit der KPU verbündeten Sozialisten und die linke Landpartei - kamen auf jeweils etwa 8 Prozent.

Die Nachrichten aus Kiew riefen in mir Erinnerungen an den Oktober 1997 wach. Damals hatte ich als Abgesandter der DKP im Präsidium des begeistert optimistischen III. (XXXI.) Parteitags der KPU gesessen und fasziniert auf die am zweiten Rang des riesigen Theatersaales gespannte strategische Losung des Kongresses geblickt: „Den Werktätigen - die Sowjetmacht! Dem Land - den Sozialismus! Der Ukraine - den gleichberechtigten Bund freier Völker!“

Zusammengefaßt: Die objektiven und subjektiven Faktoren einer revolutionären Situation könnten gerade in diesem Teil der Welt wieder heranreifen. Dort befindet sich eines der derzeit schwächsten Kettenglieder des internationalen Kapitalismus. Andererseits stehen dort aber starke, gut organisierte und erfahrene Bataillone der revolutionären Arbeiterbewegung. Tatsachen, die natürlich auch der imperialistische Gegner fest im Auge behält und zu ändern trachtet, weshalb vor allzu kühnen Erwartungen vorerst gewarnt wird.

Dennoch steht die Frage: Licht aus dem Osten? Der rote Stern ist zweifellos wieder im Steigen. Und zwar schneller, als von den meisten vermutet. Ob und wann er sich über den Horizont erheben wird, bleibt abzuwarten.

Dr. Klaus Steiniger

Zum Umgang mit der DDR

Wer sagt eigentlich, daß die sogenannte Aufarbeitung der DDR-Geschichte mit der Analyse der Gründe ihres Zusammenbruchs beginnen muß? So hören wir's doch allerorten (bisweilen selbst in den eigenen Reihen). Ganz abgesehen davon, daß eine Aufarbeitung der Geschichte des Unrechtsstaates BRD für Zukunftsvorstellungen wesentlich wichtiger wäre - und vordringlich bei einer Diskussion um die Notwendigkeit eines neuen Anlaufs zum Sozialismus.

Unser Parteivorstand hat sich „nach kontroverser Diskussion ... mit großer Mehrheit geeinigt“, daß der Antrag zu den Sozialismus-Vorstellungen als „Arbeits- und Diskussionsgrundlage für künftige Programmarbeit der DKP“ auf dem Parteitag beschlossen werden soll.

In diesem Antrag des Parteivorstandes kommt die DDR einmal vor - und das nur im Zusammenhang mit der CSSR. Genosse Manfred Sohn hat mit seiner Ikarus-Parabel diese Frage deutlich sichtbar gemacht. Jumbos und Überschallflugzeuge fliegen heute nicht, weil Ikarus abgestürzt ist, sondern weil er als Erster geflogen ist, weil er starten konnte und bewiesen hat: Es geht, der Mensch kann fliegen!

Nach der Oktoberrevolution und in der Deutschen Demokratischen Republik wurde zum ersten Mal in der Geschichte der Beweis erbracht: Es geht!

Es geht ohne Kapitalisten, ohne Ausbeutung, ohne Privateigentum an Produktionsmitteln! Die Menschheit hat eine Zukunft, in Frieden, Würde und Gerechtigkeit zu leben!

Wie kann man Zukunftsvorstellungen des Sozialismus erreichen - ohne die Umwälzung, ohne Erfolge und Fortschritte in der Sowjetunion und in der Deutschen Demokratischen Republik in Betracht zu ziehen? (und dann muß man natürlich auch über Schwächen und Fehlentwicklungen nachdenken). Aber da gibt es wohl zu viele, die meinen, der DDR bei jeder, auch der abwegigsten Gelegenheit einen Fußtritt geben zu müssen - statt ihr offenbar abhandengekommenes Gedächtnis wiederzugewinnen und sich der erfolgreichen Vergangenheit zu erinnern - und auf sie stolz zu sein.

Darum scheint es mir wert, der DDR einen anderen, höheren Stellenwert zu geben, in einem Antrag, einem Beschluß, die den künftigen, unausweichlichen Sozialismus zum Gegenstand haben.

Der Philosoph Hans Mayer, zuletzt kein direkter Freund der DDR - schrieb nach seiner Flucht aus dem sozialistischen deutschen Staat trotz allem völlig richtig und beherzenswert, man dürfe kein Ding, auch keinen Staat nach deren Ende beurteilen und bewerten, sondern „immer nur nach ihrem Anfang“. Ikarus ist in die Geschichte eingetreten - nicht, weil er abstürzte, sondern weil es ihm vorher gelungen war, zu starten und zu fliegen.

Heute soll die DDR ein Unrechtsstaat gewesen sein, in dem alles, was getan wurde, Un-Recht gewesen sein soll - was auch immer beschlossen oder unterlassen wurde - ob Sportler Medaillen gewannen oder Richter faschistische Verbrecher verurteilten. Im Bundes-Rechtsstaat aber war alles

rechts: Freiheit für Nazi-Verbrecher in brauner oder feldgrauer Uniform, in der Robe des Staatsanwalts und Richters, mit dem Mandat eines Abgeordneten. Und sie und ihresgleichen gieren nach Rache: Das Entsetzlichste für sie war, daß wir existierten, daß es die DDR gab.

In der deutschen Geschichte war die BRD kein neuer Staat, sondern quasi und de lege Rechtsnachfolger des kaiserlichen Deutschlands, der vorgeblichen Republik von Weimar und des Hitler-Reiches. Die Herren des Staates waren die Alten, wie die Paten der Politiker. Die Deutsche Demokratische Republik war neu. Der erste deutsche Friedensstaat, von dessen Hauptstadt keine Bedrohung, kein Herrschaftsanspruch, kein Krieg ausgingen, sondern Friede, nicht der Schreckensschrei über Europa „Die Deutschen kommen!“, sondern völkerrechtliche Anerkennung und Lob von den Vereinten Nationen.

Rechtsstaat DDR gegen Unrechtsstaat BRD: Das wäre das Grundthema jener „ständigen Kommission, die die Aufgabe erhält, den Sozialismus in der DDR zu erforschen“. Und solange sollten wir diskutieren, bevor ein unreifer Antrag eine Diskussion gegenstandslos macht. Man sollte den humanistischen Auftrag, das menschliche Anliegen, die historische Notwendigkeit diskutieren, mit denen die DDR in die Weltgeschichte eingetreten ist. Unzulänglichkeiten, Fehlentwicklungen und Verirrungen gehören auf einen untergeordneten Punkt der Tagesordnung.

Karl-Eduard v. Schnitzler

Unser Revier:

Berlin-Pankow



In den Jahren des Kalten Krieges war in den Westmedien oft von „Pankow“ die Rede, wenn sie die DDR meinten. Viele BRD-Bürger glaubten sogar, hinter dem Wort verberge sich ein sowjetischer General.

Pankow - Hellersdorf und Weißensee hat „Rotfuchs“ bereits vorgestellt - ist ein weiterer „unserer“ Stadtbezirke. Auch hier operiert die DKP Nordost.

Zu den Eckdaten: Die Fläche beträgt 61,87 Km². Am 30. Juni 1997 lebten in Pankow 115 793 Menschen. Es gibt 14 300 Familien mit Kindern, davon 5 900 Alleinerziehende (41,3%).

Die Industrie ist seit der konterrevolutionä-

ren „Wende“ fast vollständig zerstört. Derzeit größte Beschäftigter sind das Klinikum Buch, das Bezirksamt und ABB Kraftwerke Berlin (vormals Bergmann-Borsig). Hier muß man die 415 Arbeitsplätze (1991: 3 409), 200 Ausbildungsplätze und den Broterwerb von 400 Mitarbeitern in Zuliefererbetrieben als bedroht ansehen.

Die enorme Bautätigkeit hat auf den Beschäftigungsgrad im Bezirk keinen Einfluß. Im Januar 1998 waren 9 473 Arbeitslose (19,2%) registriert. Es gibt z. Zt. 6944 Sozialhilfeempfänger, darunter 5 297 Bürger deutscher Nationalität. (Verdopplung seit 1994)

Bürgermeister ist Dr. Jörg Richter (SPD). Bei den BVV-Wahlen 1995 wurde die PDS mit 32,3 Prozent stärkste Partei. In der Bezirksverordnetenversammlung entfallen von 45 Mandaten 16 auf die PDS, 13 auf die SPD, 11 auf die CDU, 5 auf Bündnis 90/Grüne. □

FEHLENDE ERFAHRUNG

„Die Linken im Westen haben keinen Begriff davon, wie schwer ihr Mangel an Erfahrung mit der sozialistischen Realität wiegt. Die Geschichte wird ihnen keine neue Gelegenheit bieten.... Der reale Sozialismus ihrer Zeit, vor ihrer Tür, in der DDR, war für sie die einzige Chance, jemals zu erfahren, wie die Idee vom Sozialismus, also das Ideal real gesellschaftlich wirksam werden kann und wie nicht.“

Aus: Inge Viett. Nie war ich furchtloser

Antrag der Parteigruppe Berlin Nordost an den 14. Parteitag der DKP

Betrifft.: Sozialismus-Vorstellungen der DKP

Der Parteitag möge beschließen:

Der Antrag des Parteivorstandes „Sozialismus-Vorstellungen der DKP“ wird noch nicht zur Abstimmung gestellt.

Die Parteidiskussion über das Dokument soll fortgesetzt werden.

Begründung:

Im Entwurf werden viele richtige und zutreffende Feststellungen getroffen. Er ist jedoch noch unausgereift.

Auf einigen Gebieten (Ökonomie, Demokratie, Partei, Staat u. a.) enthält er gravierende Mängel oder ausgesprochene Fehleinschätzungen, die von Marx und Lenin wegführen.

Die Erfahrungen der DDR - trotz aller Defizite die größte Errungenschaft in der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung und des deutschen Volkes - werden

nicht gründlich analysiert, obwohl hier erstmals auf deutschem Boden der Sozialismus aufgebaut und in den vier Jahrzehnten ihrer Existenz praktiziert worden ist.

Die Beschäftigung mit den „Fehlentwicklungen des Sozialismus“ ist oberflächlich und hält in dieser Form den Kriterien des wissenschaftlichen Sozialismus nicht stand.

Eine voreilige Beschlußfassung über ein programmatisches Dokument, das zum Baustein für das künftige Parteiprogramm der DKP werden soll, würde nicht zur Festigung der Einheit der Partei beitragen, sondern konfrontative Stimmungen vertiefen. Insbesondere Genossinnen und Genossen im Osten fänden ihre Auffassungen nicht hinreichend beachtet. Zugleich würden die Erwartungen, die andere linke Kräfte des In- und Auslands in die DKP setzen, enttäuscht.

Entscheidungen in ideologischen Fragen können nur nach umfassender Diskussion getroffen, nicht aber per Mehrheitsvotum der Partei „übergestülpt“ werden.

Ein Beschluß zur Weiterführung der Diskussion nach bereits erfolgter Beschlußfassung des Parteitages wäre de facto eine Irreführung der Mitgliedschaft, da er keinerlei verbindliche Wirkung mehr hätte. Eine nachträgliche Aufhebung der Parteitagsentscheidungen aber widerspräche den Prinzipien des demokratischen Zentralismus. Nur ein nachfolgender Parteitag wäre nach dem Statut dazu berechtigt, gültige Parteitagsbeschlüsse aufzuheben.

DKP-Gruppe Berlin Nordost

In der Mitgliederversammlung am 24.3.1998 wurde dieser Antrag einstimmig beschlossen.

Auch DKP Hessen gegen Beschlußfassung

Wie Genosse Heinz Stehr in seinem Beitrag für die UZ vom 3. April 1998 mitteilte, hat die Bezirksdelegiertenkonferenz Hessen der DKP einen Antrag verabschiedet, der 14. Parteitag möge keine Beschlußfassung zum Antrag des Parteivorstandes „Sozialismus-Vorstellungen“ vornehmen.

BDK Hamburg: Für Verabschiedung als Diskussionsangebot

Aus Hamburg sandte uns Genosse Ghassem Niknafs 20 Briefmarken und folgenden Brief:

Herzlichen Glückwunsch zur Geburt von „Rotfuchs“. Ich wünsche Euch bei der Herausgabe der Zeitung viel Erfolg und freue mich auf die nächsten Ausgaben.

In der Februarausgabe wurde berichtet, daß neben den Berlinern auch die Hamburger dazu tendieren, gegen die Verabschiedung zu votieren. Zu Eurer Information: Auf der BDK vom 21.3./22.3. entschieden sich die Delegierten nach kontroverser Diskussion jedoch mit großer Mehrheit für den leicht geänderten Antrag des Bezirksvorstandes, der eine Verabschiedung des Papiers als Diskussionsangebot vorsieht.

Wie unterdessen aus Hamburg bekannt wurde, haben sich einzelne Parteigruppen - so Eimsbüttel und Groß-Borstel - in Anträgen an den Parteitag gegen eine Verabschiedung der Sozialismus-Vorstellungen und für die Fortsetzung der Diskussion ausgesprochen, damit aus dieser ein den Anforderungen des wissenschaftlichen Sozialismus gerecht werdendes Dokument hervorgeht.

DKP Sachsen-Anhalt gegen Abschlußdokument

Die Landesmitgliederversammlung der DKP Sachsen-Anhalt beantragt, die Sozialismus-Vorstellungen nicht als abgeschlossenes Dokument zu verabschieden, sondern lediglich als bisherigen Erkenntnisstand zu dieser Problematik zu betrachten und die Endfassung erst auf dem nächsten Parteitag im Jahre 2000 zu bestätigen.

Manfred Sohn: Schatztruhe DDR nutzen!

Auf der Festveranstaltung zum 80. Jahrestag der Oktoberrevolution, die am 7. November 1997 im Großen Saal des Hauses am Köllnischen Park unter dem Motto „Aurora gab das richtige Signal“ stattfand, sprach das Mitglied des Sekretariats des Parteivorstandes Genosse Dr. Manfred Sohn für die DKP.

Da seine Ausführungen in den DKP-Informationen 11/97, die alle anderen Reden der Veranstaltung enthielt, leider nicht mit veröffentlicht wurden, zitieren wir zwei wichtige Passagen.

Es schmälert die Größe dieses ersten international tragfähigen, über Jahrzehnte international tragfähigen Versuches nicht, zu sagen, daß das im ersten Anlauf - das Wort Anlauf sagt nichts über die Größe der daran Beteiligten - noch nicht gelungen ist. So wenig, wie ja auch der Absturz von Lilienthal vor rund hundert Jahren irgendwie davon weggenommen hat in der Naturwissenschaft, daß er der Pionier war, der in das Buch der Geschichte, der naturwissenschaftlichen Geschichte, unauslöschlich diese beiden Worte geschrieben hat: Es geht! Der Mensch kann sich in die Lüfte erheben. Und genauso hat dieser

Oktober 1917, hat die Sowjetunion, haben die DDR und die anderen sozialistischen Länder unauslöschlich in das Buch der Geschichte diese beiden Worte geschrieben: Es geht.

Die DKP, die 1989 heftig gewankt hat unter dem Schlag, ist stehengeblieben mit Namen und Inhalten. Sie gewinnt seit 1995 Quartal für Quartal mehr neue Mitglieder, als sie verliert; und einen wesentlichen Anteil daran hat auch das Wachstum der DKP in der ehemaligen DDR. Wir sind insofern eine gesamtdeutsche Partei geworden.

Daraus resultiert die Verantwortung der DKP und aller mit ihr diskutierenden Kräfte - was Parteigrenzen überschreiten muß -, mit diesen Erfahrungen vor allen Dingen aus 40 Jahren DDR sorgfältig umzugehen! Wer, wenn nicht wir alle gemeinsam, soll denn den roten Faden sichern, der vom ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden, der DDR hinüberreichen muß zu einem künftigen sozialistischen Staat auf deutschen Boden. Das Einbringen dieser Schatztruhe DDR läuft auch in der Gesamt-DKP nicht reibungslos. Wir müßten aber - und auch das gilt nicht nur für die DKP - mit dem Klammerbeutel gepudert sein, wenn wir mit diesem Pfund nicht wuchern würden! Nämlich mit dem Pfund, daß wir als Linke hier im neuen „Großdeutschland“ die jahrzehntelange Erfahrung des Kampfes in einem der stärksten imperialistischen Länder der Welt verknüpfen können mit 40 Jahren Erfahrung aus einem der erfolgreichsten sozialistischen Staaten. ...

Diese 40 Jahre DDR, diese 70 Jahre Sozialismus werden die Herrschenden nie verzeihen. Nicht wegen ihrer Schwächen, sondern weil es sie gab und weil sie aus der Geschichte nicht zu tilgen sind. □

Angst. Und Haß

Wir Kommunisten sind keine Illusionisten. Die Zahl der DKP-Mitglieder, besonders im Osten, und unser politischer Einfluß sind sicher noch erhebliche Zeit gering. Es ist also viel zu tun, um das zu ändern.

Ist uns dabei die Geschichte, die Erinnerung an die DDR im Wege? Soll man sie, sagen wir mal, in Publikationen, in programmatischen Papieren möglichst in den Hintergrund rücken? Vieles scheint dafür zu sprechen. Die DDR hat verloren, und wer verliert, büßt Autorität ein, besitzt keine Anziehungskraft. Wenn Karl-Eduard von Schnitzler in westdeutschen Städten aus seinem Buch „Provokation“ las, erntete er schon nach dem ersten Satz, daß die DDR bei allen Mängeln das Beste gewesen sei, was den Deutschen in ihrer Geschichte wiederfuhr, Protest, auch von Linken, von DKP-Mitgliedern. Das gleiche geschah Inge Viett, deren früheres Denken ich in mancher Hinsicht nicht teile, wenn sie über ihre Jahre in der DDR sachlich, kritisch, aber positiv berichtete.

Man sollte also mal über folgendes nachdenken: In kaum einer Zeitung, keiner Fernsehsendung wird die DKP überhaupt nur erwähnt, nicht einmal verleumdet, angegriffen - eben wegen ihres geringen Einflusses. Aber es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht in fast allen Blättern die DDR, die

SED angegriffen, verleumdet, beschimpft werden, obwohl es sie gar nicht mehr gibt! Da stellt der „Tagespiegel“ am 28. März fest, daß die Jugendweihe, die ja mit dem „Ruch“ einer „zwangsverordneten“ Veranstaltung belastet sei, sich wachsenden Zuspruchs erfreut. Und so weiter.

Warum diese täglichen Angriffe auf die DDR? Weil das Kapital Angst hat - nicht vor „Nostalgie“, sondern davor, daß die Erinnerung an Sozialismus, wie er in der DDR Realität war, im Laufe der Zeit für immer mehr Menschen immer wichtiger wird. Und daß allmählich auch im Westen die Erkenntnis um sich greift, daß so viele Errungenschaften des „Sozialstaates“ lediglich unter dem Druck des Beispiels der DDR vom Kapital den Arbeitern zugebilligt werden mußten. Also muß man den Sozialismus in der DDR schlecht machen, immer wieder, immer wieder, immer wieder... gerade jetzt, wegen steigender Dauerarbeitslosigkeit und bei Sinken der Real-löhne.

Im „Tagespiegel“ vom 5. April wird z.B. berichtet, daß sich die Arbeitslosenquote 1) von 1970 bis 1997 von 0,7 auf 11,0 Prozent erhöhte, der Krankenstand 2) dagegen von 7,0 auf 4,6 Prozent sank. Nun ist es nichts Neues, daß Arbeitslosigkeit gesund macht. Woher aber kommt es, daß der Kranken-

stand in Berlin doppelt so hoch ist wie im Westen? Der „Tagespiegel“ kann es erklären: „Die langjährigen Subventionen führten dazu, daß die Arbeitnehmer (in Westberlin - W.F.) einem geringeren privatwirtschaftlichen Druck (was für ein nettes Wort für Ausbeutung! - W.F.) als anderswo ausgesetzt waren.“

Na klar - in Westberlin, der „Frontstadt“, dem „Schaufenster der Freien Welt“ durften keine Streiks stattfinden, denn das hätte ja seine Wirkung auf die Arbeiter der DDR geschwächt.

Auch wenn es heute noch schwierig ist und bei manchem Genossen im Westen auf Unbehagen stoßen mag: Wir müssen das tun, wovor das Kapital Angst hat, was es haßt: Berichten, verbreiten, wie der Sozialismus in der DDR wirklich war, und nicht nur einräumen, daß er ja eigentlich ganz nette Kindergärten hatte. Wir müssen nicht nur schreiben und sagen, was ankommt, sondern das Notwendige, das Richtige so sagen, daß es ankommt.

Auch wenn es kompliziert ist und uns nicht sofort bei allen, die wir erreichen wollen, Beifall einbringen wird.

Walter Florath

1) in Prozent der zivilen abhängigen Erwerbspersonen

2) in Prozent der BKK-Mitglieder Entgeltfortzahlungsanspruch

Die Dummen der Nation

Kürzlich las ich, daß Lehrer, die in der DDR ausgebildet wurden, nicht ohne weiteres in Westdeutschland - oder sage ich besser: in den alten Bundesländern, aber „alt“ vermittelt einen so negativen Eindruck, denn dann sind wir „neu“ und neu ist immer besser - eingestellt werden können. Ist ja auch egal, komme ich lieber zu meinen Gedanken, die mir bei dieser Lektüre durch den Kopf gegangen sind.

Wie gesagt, DDR-Lehrer müssen sich vor ihrem Einsatz erst zwei Jahre „bewähren“, ehe sie auf die „Eliteschulen“ in Westdeutschland losgelassen werden. Bewähren dürfen sie sich allerdings in Ostdeutschland - wenn da etwas falsch läuft, ist das nicht so schlimm, für alle Schulabgänger hat man sowieso keine Lehrstellen, also soll doch die Arbeitslosigkeit im Annexionsgebiet ruhig weiter steigen.

Meine Gedanken gehen zurück:

Haben nicht vor 1961 Vertreter von westdeutschen Betrieben vor DDR-Hochschulen gestanden, um unsere gut ausgebildeten Studenten abzuwerben? Aber denen ist doch die Hochschulreife nicht etwa durch westdeutsche Lehrer vermittelt worden, sondern durch die jetzt so geschmähten DDR-Lehrer.

Oder wie gern wurden 1989 unsere jungen

Facharbeiter genommen, die alle die zehnklassige allgemeinbildende Oberschule der DDR vor Beginn ihrer Lehre besucht hatten.

Weitere Überlegungen gehen mir durch den Kopf:

Ich erinnere mich an eine Fernsehsendung vor etwa zwei bis drei Jahren im B1 - „Berliner Platz“. Unter anderem ging es dort um die Vorbereitung der Schulabgänger auf Lehre und Studium. Sowohl ein anwesender Hochschulprofessor der Freien Universität als auch der Lehrmeister eines Großbetriebes aus Westberlin wiesen nach, daß die Schulabgänger seit Jahren Mängel besonders in den Naturwissenschaften und in der deutschen Sprache aufweisen.

Wurden denn die etwa auch schon von DDR-Lehrern unterrichtet?

Nächster Gedanke:

Ich habe im vergangenen Herbst interessante Gespräche mit einem westdeutschen Lehrerehepaar geführt - sie Grundschullehrerin, er Hauptschullehrer aus dem Badi-schen. Sie führte gerade eine erste Klasse: Während man 1997 in Westdeutschland noch die Begriffe „Tu-Wort“, „Wie-Wort“ oder „Ding-Wort“ verwendet, gebrauchte man in der DDR seit ca. 1978 „Verb“, „Adjektiv“ oder „Substantiv“.

Auf mathematische Begriffe will ich gar nicht eingehen - Wir haben in der 1. Klasse bereits mit Unbekannten operiert. Meine Reisebekanntschaft konnte sich nicht vorstellen, daß Schüler einer 1. Klasse das begreifen können. Aber unsere Kinder konnten es - sie konnten es aufgrund der guten Ausbildung unserer Lehrer und ihrer hervorragenden Vorbereitung auf die Einführung der neuen Lehrpläne.

Ein letzter Gedanke:

Wie können Bundestagsabgeordnete und Minister, die DDR-Schulen besuchten (unter ihnen Herr Thierse, Frau Merkel, Frau Nolte) mit ihren westdeutschen Kollegen konkurrieren, da sie ja schließlich von heute nicht anerkannten Lehrern ausgebildet worden sind.

Eigentlich ist mir nun gar nichts mehr klar, ich weiß jetzt, daß ich nichts weiß - aber das ist auch kein Wunder, denn ich bin eine ehemalige DDR-Lehrerin.

Vielleicht habe ich aber eins begriffen; ich weiß jetzt, warum ich nur etwa ein Drittel der Rente eines westdeutschen Lehrers bekomme - und das ist doch schon ein gewisser Erkenntnisprozeß.

Helga Archut

Geschichtliches aus Mahlsdorf:

30 Jahre Klub im Kiez

Ein nicht ganz alltägliches Jubiläum ist mir Anlaß, zurückzuschauen. Mehr als zehn Jahre war ich bis 1989 ehrenamtlich Vorsitzender des Wohnbezirksausschusses 405 der Nationalen Front in Mahlsdorf. Unser „Stützpunkt“ war damals der Klub der Werktätigen, ein Haus mit vier Versammlungsräumen, einer Bauernstube im Keller, einer Küche und einem Gartengrundstück. Im Monat gingen hier über tausend Bürger ein und aus. Sie gehörten zur Nationalen Front und allen fünf Parteien, zur Volkssolidarität, anderen Organisationen, zu drei Chören und zu Arbeitsgemeinschaften oder schauten einfach so mal herein.

Vor 30 Jahren erwarb der Bezirk Lichtenberg, dessen Stadtteil das heute zu Hellersdorf gezählte Mahlsdorf war, das verfallene Gebäude in der Pestalozzistraße 1 aus Privathand. Freiwillige - Ingenieure, Facharbeiter und andere hilfsbereite Bürger - leisteten unbezahlt Tausende Stunden, um das Gebäude vom Keller bis zum Dach zu rekonstruieren und modern herzurichten. Die Mittel für ein so anspruchsvolles Vorhaben erarbeiteten wir uns durch die Sammlung von Sekundärrohstoffen im Wohngebiet. Sechs Einsätze pro Jahr erbrachten jeweils 5-8 000 Mark. Auch Handwerker und Gewerbetreibende unterstützten uns finanziell und materiell. Natürlich waren wir froh und stolz, als vor 25 Jahren alles fertig und nutzbar war.

Mit den Ereignissen der Jahre 1989/1990 zog eine Gefahr für unsere Freizeitstätte auf. Das Klubhaus sollte zweckentfremdet oder verkauft werden. Wir führten einen zähen Kampf dagegen. Obwohl das nicht leicht war, konnten wir durch Hartnäckigkeit erreichen, daß unsere Forderung, die Einrichtung zu erhalten, am Ende akzeptiert wurde.

Inzwischen hat das Bezirksamt Hellersdorf nicht wenig investiert, um unseren „Pestalozzi-Treff Mahlsdorf“ weiter auszugestalten, um ihn für Senioren, denen er jetzt dient, altersgerechter zu machen. Wieder pulsiert in den Räumen gesellschaftliches Leben. Fünf freie Seniorengruppen, ein Frauenchor, mehrere Organisationen, eine Senioren-Theatergruppe und verschiedene Zirkel sind hier zu Hause.

Viele Bürger, besonders aber jene, welche schon vor der sogenannten Wende aktiv waren und heute bereits Rentner sind, stellen dem Bezirksamt Hellersdorf die Frage, ob nicht die schöne Tradition aus DDR-Tagen, jährlich ein Mahlsdorfer Sommerfest zu feiern, fortgesetzt werden könne. Mitarbeiter des Sozialbereichs im Bezirksamt Hellersdorf baten mich daraufhin, Erfahrungen von damals darzulegen und die ganze Sache in die Hand zu nehmen. Ich sagte zu - nicht zuletzt mit Blick auf das bevorstehende Jubiläum unseres Freizeitheimes. Am 26./27. Juni steigt das Fest unter dem Motto „30 Jahre Klub im Kiez - Pestalozzi-Treff“. Blasmusik, Chorgesang, Theaterspiel, Ergebnisse der Zirkelarbeit, Modenschau, Verkaufsstände, Kaffee und Kuchen, Rostbrätel und Thüringer Rostbratwürste, ein Schlag Erbsen mit Speck - all das erwartet die Besucher.

Bezirksbürgermeister Dr. Uwe Klett (PDS) wird auf unserem Fest zugegen sein und denen Dank sagen, die vor drei Jahrzehnten ans Werk gingen. Er wird auch jene ehren, die sich heute selbstlos um die Belange älterer Mitbürger kümmern. Mir - einem Mitglied der DKP - bereitet es Freude, etwas Gutes und Nützliches für die Mahlsdorfer Senioren tun zu können.

Dr. Roland Ulbricht

Kleinzeitung vorgestellt

Ein kräftiger „Ex-Trakt“

In Berlin geht Interessenten jetzt eine linke Kleinzeitung zu, die den Finger auf die Wunden legen will: „Ex-Trakt“. Ihr Herausgeber ist eine bekannte Persönlichkeit des öffentlichen Lebens der Hauptstadt: Der legendäre Spanienkämpfer und jüdische Kommunist Fritz Teppich - nicht zuletzt auch ein gestandener Journalist.

In einer redaktionellen Notiz stellt er die Frage: Wozu? Dort wird festgestellt: „Fernsehen, Fernsprechen sind Trumpf - Lesen, Briefeschreiben, Nachdenklichkeit kaum mehr. Überflutung mit degenerierter Ablenkung. Wichtiges rauscht vorbei. Ein alter Kämpfer will gegenhalten, privat, daher klein-klein. In „Ex-Trakt“, alle 4-6 Wochen

locker, knappe Hinweise auf vielleicht Übersehenes oder Vergessenes.“

Und an anderer Stelle heißt es in den Editorial: „In unserer unteren Mitte, bis in die sogenannte Linke hinein, Verwirrung, häufig Illusionen, irrlüchtern bis lähmend. Hier soll mit Mosaiksteinchen Durchblick erleichtert werden: Rote Glut bewahren, weiterreichen, per Denkanstößen zu neuer Brennkraft verhelfen; wie sonst irgendwann zukunftsfrächtige, geläuterte soziale Flammen anblasen?“

„Rotfuchs“ rechnet mit einem kräftigen „Ex-Trakt“ aus Kampferfahrung und Durchblick. □

Rotfuchsnachrichten

Mitteilung der Redaktion: „Rotfuchs“ verfügt jetzt auch über eine eigene Nachrichtenagentur: rfn

Berlin, 5. April 1998 (rfn)

Die Delikte der Vereinigungskriminalität sollen nun am 3. Oktober des Jahres 2000 verjähren. Wenn sie, wie ursprünglich vorgesehen, schon Ende 1997 verjährt wären, hätten „die Täter vor Lachen nicht mehr in den Schlaf gefunden“, zitierte der „Tagesspiegel“ am 1. April F.J. Beuchler, Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion im II. Untersuchungsausschuß „DDR-Vermögen“. Der Staat, so Ausschußvorsitzender V. Neumann, habe „weitgehend versagt bei der Bekämpfung der Kriminalität in

diesem Bereich“, berichtete das Blatt. Wie rfn erfährt, sollen inzwischen DDR-Bürger Anspruch auf das von der Treuhand verschobene Vermögen erheben. Der Rentner und rfn-Informant Walter Flohdraht habe erklärt, er habe 1948 an vielen Sonntagen mit Tausenden Berlinern am Aufbau des Betriebes Bergmann-Borsig unentgeltlich teilgenommen. Hunderttausende hätten das Eisenhüttenkombinat, die Werften an der Ostsee, die Erweiterung von Zeis-Jena, die Schaffung eines Halbleiterkombinats, des Petrolchemischen Kombinat Schwedt betrieben. Die Investitionsmittel dafür seien von der ganzen Bevölkerung der DDR aufgebracht worden, weshalb die Unternehmen den DDR-Bürgern gehörten.

Berlin, 12. April 1998 (rfn)

Laut „Tagesspiegel“ vom 3. April sind bei Razzien auf Baustellen in Hellersdorf, Köpenick und Mahlsdorf 19 ausländische Arbeiter festgenommen worden, weil sie keine Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung hatten. Drei von ihnen wurden vom Landeskriminalamt zur sofortigen Abschiebung in ihre Heimatländer überstellt.

Meldungen, wonach die Eigentümer der Baufirmen, die die Ausländer ungesetzlicherweise beschäftigten und untertariflich bezahlten ebenfalls in die jeweiligen Heimatländer der Ausländer abgeschoben worden seien, kann rfn nach sorgfältigen Ermittlungen nicht bestätigen.

W.F.

NPD - neues Sammelbecken der Braunen

Nazis drängen nach Weißensee

Es ist ein offenes Geheimnis: Die Berlin-Brandenburgische NPD, die sich bereits in Weißensee eingegraben hat, will in der dortigen Pistoriusstraße ihr regionales Hauptquartier aufschlagen. Entsprechende Sondierungen der heute gefährlichsten Neonazipartei - sie sonnt sich in der verschlossenen bürgerlichen Demokratie der BRD als zum Sammelpunkt aller Rechtsradikalen gewordene legale politische Partei, die zu den Wahlen 1998 bundesweit ihre braunen Kandidaten aufstellen wird - haben längst stattgefunden.

Was hat es mit der NPD und ihren in Berlin schon wiederholt unter Schönbohms Polizeischutz in Erscheinung getretenen Sturmabteilungen - den Jungen Nationaldemokraten (JN) - auf sich?

Zunächst einmal sei klargestellt: Die Hauptkraft der reaktionären und rechtskonservativen Kräfte in der BRD sind Rühes und Kanthers CDU und deren bajawarischer Ultra-Flügel - die CSU.

Doch inzwischen bröckelt und kriselt es derart im Staat des deutschen Kapitals, daß eine Reservetruppe für alle „Eventualitäten“ in Bereitschaft gelegt werden muß. Leuchtendes Vorbild sind den BRD-Mächtigen die französischen Nazis des Front National, die bei Wahlen auf reguläre 15 Prozent kommen und sich hier und dort als Königsmacher rechter Regionalchefs erweisen. Das deutsche Kapital braucht einen zusätzlichen Wachhund: Es will die NPD zu ihrer Le Pen-Partei machen.

Leere Behauptungen? Große Worte? Bloßer Agitationsschaum?

Sicher, in Rühes Bundeswehr dienen offi-

ziell vielleicht nicht mehr als einhundert organisierte NPD- und JN-Mitglieder, für die JN-Vorsitzender Holger Apfel jetzt unverblümt das „Recht“ einforderte, auch weiterhin den Waffenrock des BRD-Militärs zu tragen. Aber wieviele Offiziere und Generäle betrachten sich selbst als „national-konservativ“? Die Hälfte, zwei Drittel? Frei erfunden? Es gibt Umfrage-Ergebnisse. Mit Dreck-Schmeißen gegen die Bundeswehr? Herr Rühle, der frühere CDU-Generalsekretär, hat schon dafür gesorgt, daß „von links Angekränkelte“ wie Schmähling die Ausnahme blieben. Die Regel sind ganz andere. Sonst hätten die Hamburger Kommandeure nicht den vorbestraf-

ten Nazi-Aktivisten Manfred Roeder als Redner an die Bundeswehr-Führungsakademie geholt.

Anfang Februar hat Roeder von einem anderen Podium und vor einem anderen Publikum gesprochen: In der Passauer Nibelungenhalle begeisterte er 3 000 Teilnehmer des NPD-Parteitags, der den Wahlkampfauftakt der Braunen bildete. Auch die Führer mehrerer verbotener Nazi-Organisationen, die auf rechtsradikale Konzentration unter dem NPD-Banner setzen, schritten dort zum Mikrofon. Unter ihnen Friedhelm Busse, bis zu deren Verbot im Jahre 1995 Vorsitzender der Freiheitlichen Arbeiter Partei (FAP), Steffen Hupka, ein früherer Häuptling der Nationalistischen Front (FN), und Wolfram Narath, Ex-Bundesführer der Nationalen Offensive, um nur einige der Schlimmsten zu erwähnen. NPD-Vorsitzender Udo Voigt - er trat 1996 an die Stelle des eingelochten Holocaust-Leugners Günther Deckert - konnte verkünden: „Mit dem heutigen Tag in Passau hat die NPD die Meinungsführerschaft im nationalen Lager endgültig übernommen, und somit auch die Führung der Nationalen Außerparlamentarischen Opposition“

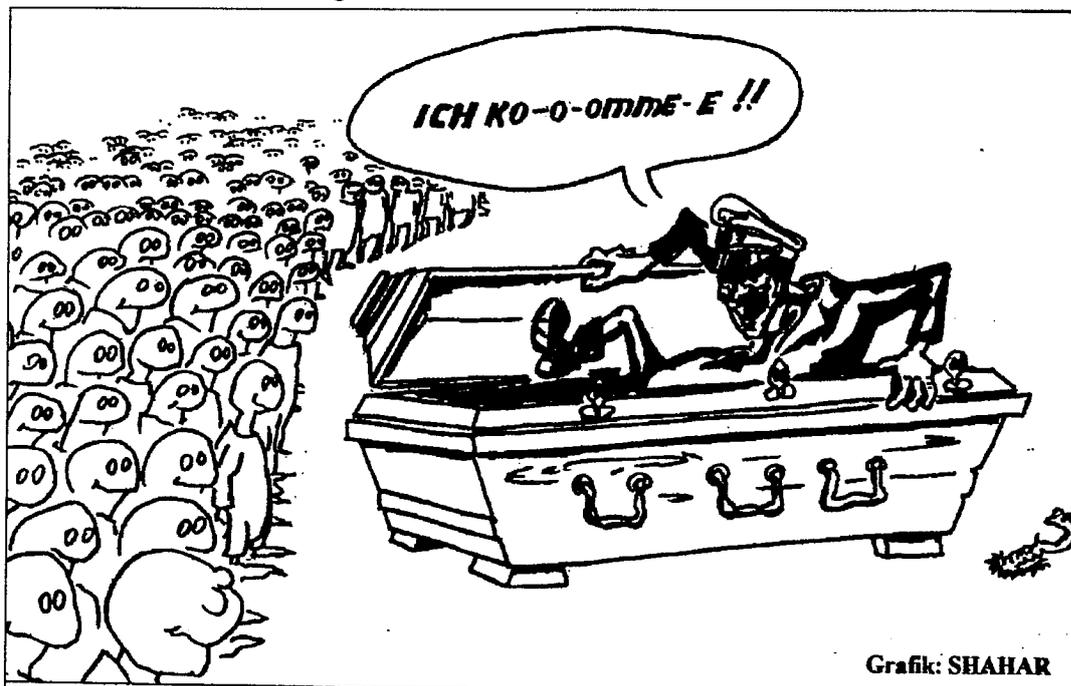
NPD und JN konnten ein Vordringen ihrer Ideologie und Organisation vermelden: 1600 neue Mitglieder im Jahre 1997, 26 neue Kreisverbände. In Sachsen wurde die Tausender-Grenze überschritten, in Brandenburg sieht es ähnlich aus. Die dortige „Faschistentruppe „Die Nationalen e.V.“, die im November 1997 aufgelöst wurde, flüchtete sich geschlossen in die NPD.

Viele militante „Kameradschaften“, die hier und dort in Schwierigkeiten gerieten, haben sich auf die gleiche Taktik verlegt. JN-Bundessprecher Klaus Baier empfahl allen Neonazis seinen schattigen Verein als „erste Adresse“: „Solange die NPD nicht verboten wird, kann uns nichts passieren.“ Der Kampf müsse „auf allen Ebenen bedingungslos aufgenommen“ werden, schrieb das interne Strategieblatt „Der Aktivist“. Es gehe um einen „revolutionären Nationalsozialismus“, ließ man anklängen. Die seit 1995 von den JN jährlich veranstalteten „Rudolf-Heß-Gedenkmärsche“, die „sozialen“ Kampagnen „Deutsche Arbeitsplätze für Deutsche!“ und vor allem der Aufmarsch von 5 000 Nazis und Neonazis gegen die 1997 in München gezeigte Ausstellung über die Verbrechen der faschistischen Wehrmacht stellten die Mobilisierungskapazitäten der NPD unter Beweis.

Die neuen Nazi-Kohorten - eine taktische Reserve-Einheit des deutschen Kapitals für härtere Zeiten - heben vor allem auf Rühes Truppe ab. „Gerade in der Bundeswehr gibt es gleichgesinntes Potential. Sie ist wie ein Karpfenteich, in dem wir fischen können“, verkündete Lars Keppler, die Nr. 2 der JN in Baden-Württemberg.

Jetzt will sich die braune Pest mit ihrer Landeszentrale in der Weißenseer Pistoriusstraße einnisten. Alle Antifaschisten müssen dem Nazigesindel entgetreten und von den Bezirks- und Senatsbehörden fordern, daß dem ein Riegel vorgeschoben wird.

S. R.



**Erich Gaida seit über 16
Monaten in Untersuchungshaft**

Ein standhafter Antifaschist

Anfang April besuchten wir - Werner E. und ich - Genossen Erich Gaida (69), Oberst im Ministerium für Staatssicherheit der DDR, in der JVA Berlin Moabit. Über 16 Monate wird er nun schon dort wegen des angeblich dringenden Verdachts der Fluchtgefahr in Untersuchungshaft gehalten. Solange brauchte auch die Staatsanwaltschaft für die Fertigstellung ihrer Anklageschrift, die von Behauptungen, nicht aber von Beweisen ausgeht.

Wer da glaubt, nach rund 500 Tagen Haft einem gebrochenen Menschen zu begegnen, irrt sich gewaltig. Im Besucherraum der Haftanstalt saßen wir einer starken Persönlichkeit, einem aufrechten, standhaften und - trotz aller widrigen Bedingungen - zuversichtlichen Genossen gegenüber. Uns per Handschlag zu begrüßen, war nicht gestattet, aber Erichs Blick strahlte Wärme und Herzlichkeit aus. Unser halbstündiges Gespräch wurde von einem Beamten der Ermittlungsstelle für sogenannte Regierungskriminalität aufmerksam verfolgt. Erich nahm bewegt die Grüße unserer Genossen und Freunde „von draußen“ entgegen, auch die der GRH, der ISOR und des Solidaritätskomitees für die Opfer der politischen Verfolgung in Deutschland. Ihm ist klar, daß sein bevorstehendes Verfahren ein politischer Prozeß sein wird.

Erich Gaida hat ehrlich für die Einhaltung der Gesetze der DDR gewirkt und wird dafür heute vom anderen deutschen Staat zum Kriminellen gestempelt. Er ist sich dessen bewußt, daß er wohl kaum Gerechtigkeit, dafür aber mit Gewißheit ein Urteil im Sinne politischer Vorgaben zu erwarten hat. Trotz zahlreicher Versuche von Medien, über den „Fall Gaida“ die Unwahrheit zu verbreiten und ihn damit vorzuverurteilen, erhält er ständig viele freundschaftliche und mutmachende Briefe aus allen Teilen des Landes. Für die tätige Solidarität, die ihm und seiner Familie erwiesen wird, bedankte sich Erich Gaida herzlich bei allen bekannten und unbekanntenen Freunden. So wie er, werden auch die anderen von der Klassenjustiz Verfolgten weiterhin unsere Verbundenheit erfahren.

Kurt Andrä,
Vertreter der DKP im Solidaritätskomitee

Neue Prozeßtermine

Landgericht Berlin, Turmstraße

Gegen den Juristen der DDR, Dr. Ernst Brunner
21.4., 24.4., 28.4., jew. 9.00 Uhr im Saal 606;

Gegen Angehörige des Kolleg. d. Min. f. Nat.
Verteidigung der DDR

28.4., 8.5., 15.5., 22.5., 29.5., 9.6., 16.6., 23.6.,
30.6., 10.7., jeweils 9.00 Uhr im Saal 500

Gegen Trainer und Sportärzte

20.4., 27.4., 29.4., 11.5., 13.5., 18.5., 25.5.,
27.5., 3.6., 8.6., 15.6., 17.6., 22.6., 1.7.,
jeweils 9.00 Uhr im Saal 105

Solidarität - Was ist das, was heißt das für uns ?

Nüchtern ausgedrückt, ist Solidarität ein Verhaltensprinzip, ein gewisses Zusammengehörigkeitsgefühl einer Gemeinschaft - natürlich klassengebunden. Es bedeutet gegenseitige Hilfsbereitschaft, Füreinandereinstehen, heißt „einer für alle - alle für einen“.

Doch wie wenig erfaßt eine solche Definition die Wärme, die sie vermittelt, die Kraft, die sie dem Empfangenden gibt! Das oft zitierte Che-Wort von der „Zärtlichkeit der Völker“ sagt schon mehr über den Inhalt aus.

Haft ist schwer zu ertragen, vor allem, wenn man unrechtmäßig verurteilt wurde. Aber stapelweise Post - vor allem zu Weihnachten und zum Geburtstag - mit „solidarischen Grüßen“, mit der Zusicherung, an unserer Seite zu stehen, Durchhaltevermögen, Gesundheit und Kraft dazu wünschend, vermittelt ein solches Gefühl der Hilfe, des Beistands, daß mancher „Durchhänger“ schnell davon aufgefangen wird.

Ein lieber und fleißiger Briefe-Schreiber ist uns Joachim L., der seinen Schriftwechsel mit meinem Mann begann:

„Obwohl ich eigentlich überhaupt kein

Brieffreund bin, gehen plötzlich Briefe hin und her, werden Gedanken zwischen Menschen ausgetauscht, die früher zu DDR-Zeiten überhaupt keinen Kontakt miteinander hatten, Beziehungen allerdings wohl. Und das war das Ziel Sozialismus, das wohl jeder auf seine Weise begriff. Nun - in der Niederlage - sucht jeder die Hand des anderen. Da schlingt sich - immer stärker werdend - ein Band durch unser untergebuttetes Land ... und das ist auch der tiefere Grund, warum auch ich Ihnen auf diesem Weg meine Solidarität bekunden möchte.“

Stil und Inhalt der vielen, vielen Briefe sind sehr unterschiedlich, eines haben sie alle gemeinsam: Solidarität zu bekunden.

Ob ein kleiner Kartengruß oder Listen mit hunderten von Namen, die Grüße an die politischen Gefangenen senden, für den Empfänger ist das ein Überlebens-Elixier (und für die Justiz ein aufmerksam beobachtetes Signal).

Deshalb, liebe Freunde, steht den politisch Verurteilten bei, auch den vielen, die noch hinzukommen werden.

31.März 1998

Hannelore Baumgarten

Im Namen des Volkes?

Am 26.März 1998 sprach der Vorsitzende der 31. Großen Strafkammer beim Landgericht Berlin, Füllgraf, das Urteil gegen die Leitung des Grenzkommandos Mitte. Es lautete auf drei bis fünf Jahre. „Im Namen des Volkes“ verurteilte er Kommandeure, die auf der Grundlage der Verfassung und der von der Volkammer der DDR erlassenen Gesetze gehandelt haben.

War Herr Füllgraf wirklich beauftragt, im Namen des Volkes zu richten? Wer den Prozeß verfolgt hat, kann unter Eid versichern, daß die Beweisaufnahme nicht einen einzigen Verstoß der Angeklagten gegen Verfassung und Gesetze der DDR erbracht hat. Die Rechtsbeugung des Richters ist eine direkte Folge der Tatsache, daß er nicht nur das allein anwendbare Recht der DDR, sondern auch den sogenannten Einigungsvertrag mißachtet. Dieser läßt eine Strafverfolgung nämlich nur dann zu, wenn am 2. Oktober 1990 0.00 Uhr ein entsprechender Anspruch in der DDR bestanden hat. Aber einen solchen Strafverfolgungsanspruch gab es nicht. Schon aus diesem Grunde war der Prozeß widerrechtlich.

Die Sonderstaatsanwaltschaft II, von der die Anklage erhoben wurde, kennt aber keine Hindernisse, wenn es um die Verfolgung von DDR-Bürgern geht.

Mancher täte gut daran, die politischen Strafverhandlungen in Moabit zu besu-

chen. Wer sie erlebt hat, weiß, was es bedeutet, wenn dort achtbare Menschen „im Namen des Volkes“, also auch im Namen von uns allen, ins Gefängnis geschickt und ihre Familien ins Leid gestürzt werden. Die Verhandlungen sind öffentlich. Die Termine sind ausschließlich bei uns zu erfahren, weil die Medien nur über Statgefundenes berichten.

Verstärken wir die Solidarität mit allen, die aus politischen Gründen als frühere DDR-Bürger vor den Schranken der Klassenjustiz stehen, indem wir bei den Verhandlungen anwesend sind!

Klaus Feske,

Sprecher des Solidaritätskomitees

Bekundet Eure Solidarität mit Gerda Klabuhn

Am 27.März 1998 wurde die 72jährige DDR-Juristin, Gerda Klabuhn, auf offener Straße verhaftet. Ein Strafantrittsbescheid war ihr nicht zugegangen. Sie ist von der BRD-Klassenjustiz zu einem Jahr und neun Monaten Haft verurteilt worden. **Ihre augenblickliche Anschrift lautet: Gerda Klabuhn, VASF, Bereich Reinickendorf, Ollenhauer-Str. 128, 13403 Berlin**

Zur Begegnung DKP Nordost - PDS Weißensee

Ein Stück Normalität

Am 25. März fand eine Begegnung von Genossinnen und Genossen der PDS Berlin-Weißensee und der DKP Berlin-Nordost statt. Es ging dabei um ein wechselseitiges Kennenlernen der Beteiligten, die Darlegung von Standpunkten zu einer Reihe konkreter Fragen sowie um den Austausch von Erfahrungen und die Beratung von Möglichkeiten kameradschaftlichen Miteinanders der Mitglieder und Sympathisanten beider Linksparteien im Kiez.

An dem fairen und freimütigen zweistündigen Gespräch, bei dem Gemeinsamkeiten

betont und Unterschiede nicht verschwiegen wurden, nahmen seitens der PDS teil: Gernot Klemm, Bezirksvorsitzender und Mitglied des Abgeordnetenhauses; Dr. Martin Dressel, Fraktionsvorsitzender in der BVV Weißensee; Prof. Dr. Gudrun Langendorf, stellvertretende Bezirksvorsitzende; Christine Keil, stellvertretende Bürgermeisterin; Leif Riemann, Mitglied des BV. Die DKP wurde durch die Genossen Dr. Klaus Steiniger, Gruppenvorsitzender; Dr. Hartwig Strohschein, stellvertretender Gruppenvorsitzender; Dr. Annemarie Mühlefeldt, Mit-

glied des GV; Kurt Andrä, Vertreter der DKP im Solidaritätskomitee für die Opfer politischer Verfolgung, repräsentiert.

Alle Beteiligten der Begegnung stimmten darin überein, daß regelmäßige Kontakte unter Mitgliedern linker, demokratischer und antifaschistischer Parteien, zwischen denen in vielen Fragen der praktischen Politik - besonders im gemeinsamen Kampf gegen Rechts - Übereinstimmung besteht, nichts Spektakuläres, sondern ein Stück Normalität sind.

Die Genossen der PDS informierten über Bestrebungen der faschistoiden NPD, sich mit ihrer Landeszentrale Berlin-Brandenburg in Weißensee festzusetzen. Sie schilderten ihre Anstrengungen, bei den Wahlen 1998 den Wiedereinzug ihrer Partei in den Deutschen Bundestag zu sichern. Dafür sei die Wiederwahl des nach kontroverser Diskussion nominierten MdB Manfred Müller, der auch vor der DKP Nordost aufzutreten bereit sei, unbedingt erforderlich.

Die Genossen der DKP, die das Angebot des PDS-Kandidaten im Wahlkreis Pankow-Hohenschönhausen-Weißensee annahmen, informierten über die Entwicklung ihrer Partei in Berlin und gaben einen Einblick in die Arbeit ihrer Gruppe. Im Ergebnis des offenen und solidarischen Meinungsaustauschs, der keinen Bogen um heiße Eisen machte, wurde eine Reihe konkreter Schritte vereinbart. So wird sich die DKP Nordost erstmals mit einem Stand am Straßenfest der PDS Weißensee am 30. April in der Max-Steinke-Straße beteiligen. Gemeinsam soll gegen das geplante Vordringen der NPD im Bezirk Front gemacht werden. Beide Parteien wollen von Zeit zu Zeit ihre Ansichten über wichtige Ereignisse und Tendenzen vor Ort austauschen. Die PDS Weißensee bot der DKP Nordost die gelegentliche Nutzung ihrer Räumlichkeiten im Linkstreff Pistoriusstraße an.

Die Vertreter der DKP brachten auch bei dieser Gelegenheit ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß es im Interesse aller Linkskräfte liegt, daß die PDS - diesmal möglichst in Fraktionsstärke - wieder in den Bundestag gelangt. In diesem Sinne wünschten sie den Genossen der PDS einen erfolgreichen Wahlkampf.

K. St./H.St.

Antwort an die PDS Marzahn

Der Gruppenvorstand der DKP Nordost hat dem Bezirksvorstand der PDS Berlin-Marzahn auf sein Schreiben vom 10. März 1998 geantwortet und den Gedanken der PDS-Genossen, sich zu einem Gespräch zu treffen, aufgegriffen. Er hat als Termin für eine solche Begegnung die erste Maihälfte vorgeschlagen.

Der Einladung der PDS Marzahn folgend, beim „Runden Tisch gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ mitzuarbeiten, wurde Genosse Dr. Sigmar Eßbach als im Stadtbezirk ansässiger Vertreter der DKP benannt.

Die GRH stellt sich vor

Anwalt der Verfolgten

Für viele von der politischen Strafverfolgung Betroffene ist sie eine feste Adresse geworden: die Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung (GRH). Im Mai 1993 entstanden, zählt sie heute über 1.700 Mitglieder und ein Vielfaches an Sympathisanten. Gegründet wurde die GRH, weil sich schon bald nach der Vereinigung beider deutscher Staaten zeigte, daß unter dem Schlagwort vom „Unrechtsstaat“ die Kriminalisierung der DDR und ihrer Bürger für die Herrschenden der BRD höchste Priorität genießt. Spätestens nach der öffentlichen Aufforderung Kinkels im Jahre 1991, die DDR zu delegitimieren, gab es keinen Zweifel mehr an der politischen Absicht und juristischen Umsetzung, ehemalige DDR-Bürger, die ihrem sozialistischen Staate treu gedient und in ihm Verantwortung getragen hatten, strafrechtlich zu verfolgen.

Zu den Mitgliedern und Sympathisanten der GRH zählen Vertreter aller Gruppen, die wegen ihrer Vergangenheit in und ihrer Zusammenarbeit mit der DDR verfolgt werden. Das sind insbesondere Grenzer, Militärs, Politiker, Richter, Staatsanwälte, Geheimdienstler, Polizisten, Kundschafter, inzwischen auch Sporttrainer und Mediziner. Dabei sind es keineswegs nur unmittelbar Betroffene, die der Gesellschaft angehören oder mit ihr zusammenarbeiten. Viele andere Bürger - auch aus den alten Bundesländern - engagieren sich ebenfalls gegen diese Form der Abrechnung.

Die GRH ist ein eingetragener Verein und verfügt in Berlin und den neuen Bundesländern über mehr als 30 Territoriale Arbeitsgruppen (TAGs) sowie Mitglieder in der Alt-BRD. Als Mitglied der GBM gehört sie dem Kuratorium Ostdeutscher Verbände an. Sie arbeitet eng mit anderen Organisationen zusammen wie der VDJ, dem Solidaritätskomitee, ISOR, der Initiative „Kundschafter des Friedens“, der Initiativegruppe für die Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges. Parteipolitisch ist die

GRH unabhängig. In der Vergangenheit hat sie sich mehrfach an führende Politiker und die Fraktionen aller im Bundestag vertretenen Parteien mit dem Anliegen gewandt, sich für die Beendigung der politischen Strafverfolgung einzusetzen. Unterstützung erfährt sie bislang allerdings nur von PDS-Politikern.

In vielfältiger Öffentlichkeitsarbeit, in regelmäßigen Sprechstunden des Vorstandes und der TAGs und themenbezogenen Veranstaltungen informiert und berät die GRH über politische und rechtliche Aspekte dieser gesetzwidrigen Verfolgung. Sie stärkt damit vor allem die Solidarität mit den Betroffenen und den Widerstand gegen dieses Unrecht. Besondere Beachtung findet aber in der Arbeit der GRH die individuelle Betreuung und Hilfe, die vom vertrauensvollen Gespräch, rechtlicher Information und Begleitung im Gerichtssaal bis zur finanziellen Unterstützung bei persönlichen Notlagen und zur Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten reichen. Dank der Beiträge der Mitglieder (5,00 DM monatlich) und vieler Spenden aus der Bevölkerung konnten so z.B. Verfassungsbeschwerden eingelegt und internationale Rechtsinstanzen angerufen werden.

In mehreren Unterschriftensammlungen, gemeinsam von GRH und anderen Organisationen durchgeführt, haben sich Zehntausende von Bürgern für die sofortige Beendigung der Strafverfolgung und die Rehabilitierung der Verfolgten ausgesprochen. Ein Ende dieses unrühmlichen Kapitels der Fortsetzung des Kalten Krieges ist allerdings nicht abzusehen. Deshalb sind weiterhin Solidarität und konkrete Hilfe dringend geboten. Interessenten können sich an die Geschäftsstelle der GRH, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin wenden bzw. Spenden überweisen auf das Konto der Berliner Volksbank KTO 37105732, BLZ 10090000.

Hans Bauer,

Stellvertretender Vorsitzender der GRH

Leserbriefe

Liebe Genossinnen und Genossen, gerade habe ich mit großem Interesse die 2. Ausgabe des „Rotfuchs“ gelesen. Besonders gefallen hat mir die Besprechung des neuen Buchs des Genossen Kurt Gossweiler „Wider den Revisionismus“. Ich bin gerade selbst dabei das Buch zu lesen und kann mich der Einschätzung von S. R. voll und ganz anschließen. Wir von der Trierer PDS werden auch in unserem Umfeld für das Buch werben - denn: nur wenn wir die Ursachen unserer Niederlage kennen, können wir aus ihr lernen. Bitte sendet mir den Rotfuchs beginnend mit der 3. Ausgabe zu, eine kleine Spende lege ich diesem Schreiben bei. Solidarische Grüße aus der Geburtsstadt Karl Marx'

Oliver Wagner

Sprecher des Kreisvorstandes PDS Trier

Herzlichen Dank für die Übersendung Eurer Zeitung „Rotfuchs“ und insbesondere für die solidarische Stellungnahme zu dem gegen mich unter Mißachtung des Rechts der DDR ausgesprochenen Urteil des Landgerichts Berlin. Eure Einschätzung ist nicht nur zutreffend, sondern zeigt auch menschliche Nähe und gibt mir Kraft.

Nochmals danke.

Mit solidarischen Grüßen

Christa Roehl, Berlin

Besten Dank für Euern „Rotfuchs“. Das Blatt ist professionell gemacht und interessant. Ich wünsche Erfolg.

Herzlichst

Fritz Teppich, Berlin

Liebe Genossen, wir finden den „Rotfuchs“ toll - wann erscheint er täglich?

Rote Grüße

Hans Matthäei,

Willi-Bredel-Gesellschaft Hamburg



Die Grüße sandte uns Hans Matthäei auf dieser Postkarte, die Willi Bredel als Arbeiter in der Maschinenfabrik Nagel & Kaemp zeigt.

W.M. brachte in Eurer Nr. 1 einen Beitrag zum 100. Geburtstag von Paul Robeson. Darin zeigte er, wie Politik und Kultur in einem unmittelbaren Zusammenhang stehen. Das erinnerte uns an einen denkwürdigen DDR-Film. Den Streifen „Rotfuchs“, in dem Angelika Waller eine Dorfbriefträgerin spielt, die ihre Arbeit nicht nur wegen des Gelderwerbs macht, hätten wir zu DDR-Zeiten als einfachen Unterhaltungsfilm ohne großen politischen Sinn betrachtet. Wenn mich heute aber jemand fragen würde: „Wie war es in der DDR wirklich?“ - dann könnte ich nur sagen: Seht euch den Film „Rotfuchs“ an - er gab ein Spiegelbild von allen positiven und negativen Gestalten unserer Republik, vergaß aber auch die Zwischentöne nicht. Wenn wir heute Gelegenheit haben, diesen Film nochmals für Freunde zu kopieren, bleiben wir immer wieder „vor der Röhre“ hängen, weil er von der Machart, von Inhalt und Aussage her so beeindruckend ist.

**Rosi und Wolfgang Nicolas,
Brandshagen**

Gemeinsam sind wir stärker.

Schönen Dank für die „Rotfuchse“.

Arno Fleischer, Berlin

(Den Zeilen des bekannten Grafikers waren einige Reproduktionen seiner Arbeiten beigelegt)

Liebe Genossen, mit herzlichem Dank für die Zusendung von „Rotfuchs“ 1 und 2 möchten wir hiermit Eure sehr gelungene Zeitung bestellen und Euch für den Start 50,00 DM zukommen lassen. Außerdem einige Briefmarken. Besondere Anerkennung für Kurt Gossweiler und Klaus Steinger.

Hans und Regine Fischer, Berlin

Aus einem Brief des politischen Gefangenen, Genossen Erich Gaida, JVA Moabit, an Lena und Kurt André:

Herzlichen Dank für die Betreuung meiner Gitti und vielseitige Hilfe für uns. Umfangreiche Infos erreichen mich, so Euer Brief vom 6.3. und eine Geldsendung. Heute habe ich das zweite Exemplar von „Rotfuchs“ erhalten. Beide Ausgaben sprechen mich unmittelbar an. Einmal bin ich mit dem Leben in der Nordost-Region verbunden, zum anderen habe ich die „große Sicht“ im Auge, was uns bewegt, wo wir nach Einschätzungen suchen, um mit den Gedanken nicht allein zu sein. Das braucht man, d.h. ich brauche es ganz allgemein und in meiner „Abgeschiedenheit“ besonders.

Unbedingt Wissenswertes konzentriert. Dies ist Euch gelungen. Für mich ist es ein Mittel, eine politische Heimat zu behalten und zu bestärken.

Seid sehr herzlich begrüßt, ebenso alle Freunde, die mir verbunden sind.

Erich

Vielen Dank für die Zusendung der Nr. 1 des „Rotfuchs“. Ich habe mich darüber sehr gefreut. Die Zeitung beeindruckt schon durch ihr Äußeres, die Form der Aufmachung. Sie ist sehr informativ, lesenswert und aktuell.

Leider sind wir in Thüringen noch nicht soweit, eine eigene Zeitung herauszugeben. Wir hoffen, es bis Ende 1998 zu schaffen.

Horst Huther, Erfurt

Den „Rotfuchs“ empfand ich als eine spannende, informative und sachliche Lektüre, so, wie sie Kommunisten gut zu Gesicht steht. Von den Genossen der Gruppe Nordost wünsche ich mir auch weiterhin eine Zeitung, die kritisch und informierend ist. Ich lege einen Scheck für den „Rotfuchs“ bei.

Monika Kauf, Berlin

Ich schicke Euch 20,- DM für den Rotfuchs. Bringt Ihr etwas über den Fall Klabuhn?

Cristina Fischer, Greifswald

Ich bin der Meinung, unsere nicht zu leugnende schwere Niederlage erlaubt zur Zeit gar keine Offensive, sondern verlangt Beschränkung. Das Wichtigste sind für mich der Zusammenhalt und die Bewahrung. Sein bestimmt noch immer Bewußtsein... Sozialismuskonversationen sind ungelegte Eier und allenfalls gelegentlich intern zu besprechen. Als Tagesaufgabe sind sie ungeeignet.

Joachim Loeb, Berlin

Wie der Marxist Lenin den Marxismus sieht

Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist.

Sie ist in sich geschlossen und harmonisch, sie gibt den Menschen eine einheitliche Weltanschauung, die sich mit keinerlei Aberglauben, keinerlei Reaktion, keinerlei Verteidigung bürgerlicher Knechtung vereinbaren läßt. Sie ist die rechtmäßige Erbin des Besten, was die Menschheit im 19. Jahrhundert in Gestalt der deutschen Philosophie, der englischen politischen Ökonomie und des französischen Sozialismus hervorgebracht hat.

(Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus)

Am Rande bemerkt

Zu zwei Illustrationen im Rotfuchs Nr. 2 haben uns Anfragen von Lesern erreicht. Der Maler und antifaschistische Widerstandskämpfer Alfred Frank (am 28.5.1884 im badischen Lahr geboren, am 12.1.1945 in Leipzig hingerichtet) - wir veröffentlichten seine Radierung „Lenin (denkend)“ - war Mitglied der SPD, der USPD und später der KPD. Er gehörte der revolutionären Künstlervereinigung ASSO an.

Die moralische Kraft für seinen Kampfschöpfung Alfred Frank vor allem aus seinem innigen Verhältnis zu Lenin. Immer wieder hat er sich mit den ihm zur Verfügung stehenden künstlerischen Mitteln mit diesem Thema beschäftigt. Eine seiner Lenin-Büsten beendete er zu der Zeit, als faschistische Truppen bereits große Gebiete der Sowjetunion besetzt hatten und die Belagerung Leningrads begann. Nicht wenige Menschen in Deutschland glaubten damals noch an einen „Endsieg“ des Faschismus; Frank aber vertraute auf W. I. Lenin, auf die Unüberwindlichkeit seiner Ideen. Er schwankte nicht, bewies wie andere standhafte Klassen-genossen in dieser schweren Zeit: Es gibt ein anderes Deutschland; Lenin lebt auch im Geburtsland von Marx und Engels. Die Stunde der Befreiung vom Faschismus hat Alfred Frank nicht mehr erlebt; als Mitglied der antifaschistischen Schumann-Engert-Kresse-Gruppe in Leipzig wurde er 1944 verhaftet und am 12.1.1945 zusammen mit vielen seiner Kampfgenossen hingerichtet.

In seinem Abschiedsbrief an seine Frau schrieb Frank: „Ich habe das feste Vertrauen, daß mein Schaffen und mein Wollen einer Welt angehören, die niemals untergeht; das hat mir schon immer den Mut und die Kraft gegeben, das Leben zu lieben und den Tod nicht zu fürchten.“

Buchtip:

Alfred Frank. Der Maler mit dem Stern. Nach dem gleichnamigen Fernsehfilm von Ursula u. Michael Tschesno-Hell. Henschel-Verlag, Berlin 1971

Bei der Graphik auf S. 12 handelt es sich um einen von 30 Decalithschnitten zum „Kommunistischen Manifest“, die Herbert Sandberg 1967 und 1972 schuf. Vor 30 Jahren - im März 1968 - gab Sandberg auf die Frage, warum er in unserer Zeit Bilder zum „Manifest“ mache, folgende Antwort: „Seit vielen Jahren hörte ich in mehreren Gesprächen und in verschiedenen Ländern, daß das Manifest doch eine Sache des vorigen Jahrhunderts sei, die heute nur historischen Wert habe. Ich aber denke, daß die Worte von Marx und Engels heute in hohem Maße aktuell sind; sie werden die Menschen so lange bewegen, bis eine Welt gewonnen

wurde und die Proletarier aller Länder sich vereinigt haben“. Und der Versuch meiner Bilder soll dazu ein Beitrag sein.“

Buchtips:

Lothar Lang: Herbert Sandberg. Le-ben und Werk. Henschel-Verlag, Berlin 1977
Eine Welt gewinnen. Erlebtes und Erkanntes zum Kommunistischen Manifest mit Bildern v. Herbert Sandberg. Kinderbuchverlag, Berlin 1981

1848 - 1873 - 1998 ...

„Noch sind nicht alle Märzen vorbei, Achtzehnhundert siebenzig und drei“ - schrieb Georg Herwegh 25 Jahre nach der Märzrevolution von 1848. Wir haben uns an 1848 erinnert, und wir halten es mit Herwegh: Noch sind nicht alle Märzen vollbracht, neunzehnhundert neunzig und acht ...

GEORGHERWEGH
1817-1875

Zum Volke stand'st du ohne Wanken,
Am Throne ging'st du stolz vorbei.
Lass dir es noch im Tode danken,
O freies Herz, nun bist du frei.

Zu den Gestirnen wirst du schweben,
Dein Sängernamen leucht nicht aus,
Und der Lebendige wird leben,
Weit über Tod und Grab hinaus.

DEM FREIHEITSSÄNGER
UND KÄMPFER
INDANKBARKEIT GEWIDMET
VON MÄNNERN DER ARBEIT
FREUNDEN DER FREIHEIT

Dies ist die Inschrift auf dem Georg-Herwegh-Denkmal in dem Schweizer Städtchen Liestal bei Basel.

Wer mehr über Georg Herwegh und das ca. 4000 Manuskripte, Briefe, Erstausgaben und Dokumente umfassende Herwegh-Archiv im Liestaler Rathaus wissen möchte, kann sich informieren in Bruno Kaiser: Vom glückhaften Finden. Essays, Berichte, Feuilletons. Aufbau-Verlag Berlin u. Weimar 1985, S. 138-310.

Dieser Sammelband mit Arbeiten des unvergessenen Bruno Kaiser (u.a. war er Leiter der Bibliothek des IML, Marx-Engels-Forscher, Direktor der Staatsbibliothek und - nicht zuletzt - Entdecker, Ordner und Bewahrer des Nachlasses von Herwegh) enthält u.a. auch das selten gewordene Buch Georg Herwegh - Der Freiheit eine Gasse. Aus dem Leben und Werk G. Herweghs. Bln. 1948.

Wolfgang Metzger

Gerhard Branstner

Stilles Verdienst

Der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen bringt, ist allen Orts bekannt. Selbst in Ländern, wo es keine Fässer gibt, wird er im Spruch genannt. Und was ist mit dem ersten Tropfen? Sein Verdienst ist doch nicht kleiner. Im Gegenteil: Er war der Pionier! Von ihm jedoch spricht keiner. Wer den Anfang macht, wird bestenfalls verlacht.

Aus:

Eine Zweite Aufklärung. Warum? Und wie?

ROTFUCHS-RÄTSEL

„... Wir können nicht verkennen, daß wir unter Gewalt leben. Das ist umso einschneidender als sie von jenen kommt, die wir gegen die Gewalt zur Hilfe riefen, und die uns jetzt, nachdem sie jene bewältigen halfen, wie einen besiegten Stamm behandeln, indem sie wichtige Einrichtungen, ohne uns zu fragen, hier über den Haufen werfen. Obenan steht ihr schlechtes Gesetzbuch, worin eine Reihe von Paragraphen ehrlichen Leuten gefährlicher ist als den Spitzbuben, die sie angeblich treffen sollen. Obwohl das Land sowohl wegen der Art, wie es das neue Gebiet gewonnen, als auch, weil wir zum geistigen Leben der Nation ein großes Kontingent gestellt haben - alle Ursachen zu bescheidenem Auftreten bei uns hat, kommt doch jeder Kerl von dort mit der Miene des kleinen persönlichen Eroberers und als müsse er erst höhere Weisheit bringen. Unglaublich ist die naive Roheit dieser Leute. Auf diese Weise einigt man Deutschland nicht. ...“

(Aus einem Brief von...?)

Unsere Frage:

Wer ist der Verfasser dieser Zeilen, wann und aus welchem Anlaß wurde dieser Brief geschrieben?

Wer die Antwort weiß, sendet diese an unsere Postadresse. (siehe Impressum - letzte Seite) Unter den richtigen Einsendungen verlosen wir ein Jahresfreiabo des RotFuchs.

Redaktion RotFuchs

Herzliche Glückwünsche

In Portugal nannten sie die Genossen „Camarada Pastora“. Bei uns heißt sie einfach Renate. Seit Jahren steht sie verlässlich und treu in der revolutionären Arbeiterbewegung. Ihre politischen Koordinaten sind auch die unseren. Ihr Herz schlägt für die Linke, wo immer auf der Welt sie für Sozialismus, gegen Reaktion und Faschismus kämpft. Die Zahl derer, die sich mit ihr verbunden fühlen, geht weit über unsere Reihen hinaus.

Am 4. Mai 1998 wird

RENATE SCHÖNFELD

unglaublicherweise schon 50.

Die DKP Berlin Nordost grüßt sie mit einer Umarmung.

Herzlich gratuliert die DKP Berlin Nordost dem Genossen

NORBERT KRAJEWSKI,

der am 2. Mai 1998 sein 65. Lebensjahr vollendet.

Norbert ist ein aktiver, parteiverbundener und mitdenkender Kommunist, der durch seine Überlegungen und Hinweise zu einem inhaltsreichen Leben unserer Gruppe beiträgt. Er verfügt über jahrzehntelange Erfahrungen in den bewaffneten Organen und in der Industrie der DDR.

Wir wünschen ihm Gesundheit, Mut und Kraft.

Herzlich gratulieren wir unserem

GENOSSEN HARTWIG

zum Geburtstag.

In unseren Glückwunsch sind auch

BÄRBEL, JOCHEN UND GERALD

einbezogen, bei denen wir uns ganz leicht verspätet haben.

IMPRESSUM

Herausgeber: DKP Berlin-Nordost

ViSdP.: Dr. Klaus Steiniger

Teterower Ring 37

12619 Berlin

Tel. (030) 56 13 404

Layout: K. Uwe Langer

Ständige Mitarbeiter:

Lena und Kurt Andrä

Walter Florath, Wolfgang Metzger,

Karl-Eduard v. Schnitzler

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Wertungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

TERMINE & VERANSTALTUNGEN

Neuer Ort und neuer Termin für das Mai-Fest

Das in Nr. 2 des „Rotfuchs“ bereits angekündigte Mai-Fest der DKP Berlin-Nordost findet nicht am 28. April und nicht im Haus am Franz-Mehring-Platz statt.

Wir laden vielmehr alle Genossinnen und Genossen sowie deren Angehörige, alle Freunde und Sympathisanten der DKP zu einem geselligen Beisammensein am Vorabend des 1. Mai, dem

30. April 1998, ab 18.00 Uhr

in das Cafe X, Berlin-Moabit,

Turmstr. 7

(U-Bahn-Station Turmstr.) ein.

Es liegt dem Moabiter Kriminalgericht gegenüber.

Der Wirt bietet zu annehmbaren Preisen Speisen und Getränke an, sodaß das Mitbringen eigener Kreationen nicht erforderlich ist.

1. Mai 1998

Herzliche Grüße an alle Genossinnen, Genossen und Freunde!

**Unser Sammelpunkt am 1. Mai:
10.00 Uhr, Haus der IG Metall**



Grafik:
Arno Fleischer

Die DKP Berlin-Nordost lädt für Mittwoch, den **20. Mai 1998, um 19.00 Uhr** zu einer Podiumsdiskussion in das alte ND-Gebäude am **Franz-Mehring-Platz 1, Raum 306** ein.

Thema: Wahlen 1998 - Müllers im Gespräch

Bei der Debatte, an der sich alle Anwesenden beteiligen können und die in einer kulturvollen Atmosphäre des Gedankenaustausches zwischen unterschiedlich denkenden Linken stattfinden sollte, werden zugegen sein:

Manfred Müller, MdB und parteiloser PDS-Direktkandidat für den Bundestag im Wahlkreis Weißensee/Hohenschönhausen/Pankow

Brigitte Müller, DKP-Bezirksvorsitzende in Brandenburg

Prof. Dr. Hanfried Müller, Theologe, Herausgeber der „Weißenseer Blätter“

Prof. Dr. Dr. Fred Müller (PDS), Spanienkämpfer, ehemaliger Prorektor der Humboldt-Universität

Von ganzem Herzen gratulieren wir dem Genossen

Karl-Eduard von Schnitzler
- unserem lieben Kled -

zu seinem 80. Geburtstag am 28. April 1998.



Kled ist ein in vielen Sätteln gerittener Klassenkämpfer, der seit 1937 der Partei angehört.

Aus einer bürgerlichen Familie hervorgegangen, hat er - wie Brecht und mancher andere - seiner Klasse den Rücken gekehrt und mit Klugheit, Mut und Engagement als Marxist-Leninist der kommunistischen Bewegung gedient.

Der „Kanal-Arbeiter“ von einst, der mit rotem Skalpell die schwarzen Geschwüre öffnete, hat in den Zeiten der konterrevolutionären Rückwärtswende die wichtigsten Eigenschaften eines Revolutionärs unter Beweis gestellt: Stehvermögen und Prinzipientreue.

Die DKP Berlin Nordost freut sich, einen solchen Genossen in ihren Reihen zu haben.